

# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah



BUNDESTAGSWAHL 2021  
 **Erst- und  
Zweitstimme**

**NEWSLETTER JULI 2021**  
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wir sind in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Danach ist nicht nur parlamentarische Sommerpause, sondern die Legislaturperiode endet und der Wahlkampf beginnt. Viele Menschen haben gerade ganz andere Dinge im Kopf – und das kann ich gut verstehen. Fragen nach einem kurzfristigen Urlaubsziel, Biergärten und die Fußball-Europameisterschaft sind jetzt erstmal wichtiger. Vielleicht ist das auch ganz gut so. Es wird aber nicht mehr lange dauern, dann nimmt die politische Auseinandersetzung Fahrt auf.

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat Recht, als er jüngst darauf hinwies, dass es sich für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelohnt hat, dass die SPD in die Regierungsverantwortung gegangen ist. Die SPD tut unserem Land gut! erinnern Sie sich? Die Union, die Grünen und die FDP haben die ihnen übertragene Verantwortung vor vier Jahren nicht angenommen. Wir werden sehen, wem die Wählerinnen und Wähler diesmal einen Regierungsauftrag geben und wer bereit ist, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Dann wird sich entscheiden, wer für die Kosten der Pandemie und die Wirtschaftshilfen zahlen soll. Besserverdiener oder diejenigen, die schon jetzt nicht viel haben? Was passiert mit der Rente? Sollen die Menschen länger arbeiten, wie es die Union fordert? Es wird nach Urlaub, Fußball-Europameisterschaft und Biergarten um wichtige Fragen und um die richtigen Antworten gehen.

Auf viele Begegnungen im Sommer und einen guten Wahlkampf.

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Sommerzeit.

Ihr *Bernd Rützel*



### Seite 2: Klartext

Immer wieder die gleichen Renten-Märchen



### Seite 7: Meine Reden

im Juni: Lieferkettengesetz & Arbeitsbedingungen



### Seite 9: Workshop

zur Bundestagswahl

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

7 | 2021

Foto: Henning Schacht

## KLARTEXT

### IMMER WIEDER DIE GLEICHEN MÄRCHEN

Angst ist niemals ein guter Begleiter. Aber regelmäßig werden Horrorszenarien zur Rente an die Wand gemalt. Nun, niemand sagt, dass die Rentenfrage eine einfache sei. Schon gar nicht vor dem Hintergrund, dass die Menschen älter werden und nicht mehr so viele Kinder nachkommen. Aber der Reihe nach:

Erstens: „Vor 100 Jahren mussten 12 Arbeiter einen Rentner finanzieren. Jetzt sind es 1,7 Arbeiter“. Das geht auf, weil die Produktivität enorm gestiegen ist.

Zweitens: „Bereits heute steckt der Bund jährlich über 100 Mrd. Euro in die Rente.“ Ja, das stimmt und das ist auch gut so. Denn nicht alle Leistungen sind durch die Beiträge der Arbeitgeber (AG) und Arbeitnehmer (AN) abgedeckt. Es sind die sogenannten versicherungsfremden Leistungen, wie z.B. Mütterrente, Grundrente, Erwerbsminderungsrente, Hinterbliebenenrente, wie Witwen- und Waisenrente, für die nie ein Euro Betrag eingezahlt wurde, die aber extrem wichtig sind. Dafür bezahlt der Staat eben diese 100 Mrd. Euro, das sind ca. ein Drittel der Einnahmen der Rentenversicherung.

Drittens: „Weil die Menschen länger leben, müssen sie länger arbeiten.“ Falsch! Wer schwere Arbeit verrichtet und wenig verdient, stirbt im Schnitt acht Jahre früher. Die Rente mit 67 war schon ein Fehler. Finger weg von weiteren Rentenkürzungen, denn das steckt dahinter. Nicht mit der SPD.

Viertens: „Es kann nur funktionieren, wenn privat Vermögen aufgebaut wird.“ Irrtum! Haben Sie Ihre Lebensversicherung kontrolliert oder Ihren Bausparvertrag? Bei Nullzinsen und Inflation von vier Prozent schmilzt das Vermögen schneller als der Schnee in der Märzsonne. Es gibt nichts besseres, sichereres und günstigeres als die umlagefinanzierte Rente. Die Leute zahlen ein und erwerben sich einen Anspruch.

Fünftens: „Die Rente ist nicht mehr bezahlbar.“ Doch! Der Rentenbeitrag beträgt derzeit 18,6 Prozent. Diese teilen sich Arbeitgeber (AG) und Arbeitnehmer (AN) hälftig. Wenn manche jetzt stöhnen, dass der Beitrag demnächst auf 18,7 Prozent und in 3 Jahren auf 19,7 Prozent steigen könnte, dann will ich erinnern, dass im Jahre 1998 der Beitrag bei 20,3 Prozent lag. Ja, das sind ein paar Euro mehr für den AG und auch für den AN, aber das ist doch eine ordentliche Altersversorgung wert.

Wenn wir jetzt noch alle Selbstständigen, die nicht über Berufswerke abgesichert sind, in die Rentenkasse einbeziehen und nicht jeden Tag schlecht über die Rente reden, dann wäre schon viel erreicht. Die Rente ist viel besser als ihr Ruf.

Und eines sage ich deutlich: Die Rente ist nicht geschenkt - sie ist verdient! Die Meisten haben dafür ein Leben lang hart gearbeitet!

### ONLINE-VERANSTALTUNGEN ZUM LIEFERKETTENGESETZ

Als Berichterstatter der SPD-Fraktion für das Lieferkettengesetz bin ich bundesweit ein gefragter Ansprechpartner für meine Kolleg:innen, wenn sie zu diesem Thema eine Veranstaltung machen wollen. Im Juli haben mich zwei Bundestagskolleg:innen eingeladen - und auch Sie können natürlich online live dabei sein auf deren jeweiligen Facebook-Seiten: **Di., 06.07., 18:30 Uhr** mit Angelika Glöckner & **Do., 22.07., 19:00 Uhr** mit Carsten Träger

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

7 | 2021



Foto: Henning Schacht

## DHV IST NICHT TARIFFÄHIG



Erfreut habe ich die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts gelesen, dass der DHV nicht tariffähig ist. Der DHV ist eine Gewerkschaft, die in der Vergangenheit viele Tarifverträge zu Lasten der Beschäftigten abgeschlossen hat.

Das Gericht hat nun entschieden, dass dem DHV die sogenannte Mächtigkeit fehlt. Nach dem Mächtigkeitsprinzip ist eine Arbeitnehmervereinigung nur dann „tariffähig“, wenn sie über genug Durchsetzungskraft verfügt, um den Arbeitgeber oder dessen Verband zwingen zu können, sich auf ernsthafte Verhandlungen über Gewerkschaftsforderungen einzulassen. Indizien für die soziale Mächtigkeit können beispielsweise die Anzahl und die betriebliche Stellung der Mitglieder sowie bereits abgeschlossene Tarifverträge sein. Zu berücksichtigen ist aber auch, ob es sich bei den gegebenenfalls bereits abgeschlossenen Tarifverträgen um sogenannte „Gefälligkeitstarifverträge“ handelt. Ist dies der Fall, stellen sie kein ausreichendes Indiz zur Feststellung der sozialen Mächtigkeit dar.

Das Urteil ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Billigtarife und für gute Arbeitsbedingungen. Es entzieht Gefälligkeitstarifverträgen den Boden. Damit echte, erstrittene Tarifverträge zu unterbieten, bedeutet, den Beschäftigten Geld vorzuenthalten.

## BEGLEITUNG INS KRANKENHAUS FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Wenn Menschen so krank sind, dass sie ins Krankenhaus müssen, ist Beistand sehr wichtig – für uns alle. Manche Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigung brauchen aber unbedingt Unterstützung von einer Vertrauensperson. Deshalb begleiten etwa Eltern oder Betreuer:innen aus den besonderen Wohnformen der Behindertenhilfe die Patient:innen. Seit Jahren allerdings gibt es keine klare Regelung für die Übernahme des Verdienstauffalls bzw. der Personalkosten für diese notwendige Begleitung. Viele (Wohn-)angebote, in denen Menschen mit Behinderungen betreut werden und die eine solche Vertrauensperson mitschicken, sind mit den daraus resultierenden Mehrkosten für Personal alleingelassen. Auch Eltern und andere nahestehende Personen aus dem persönlichen Umfeld sind mit Verdienstauffall konfrontiert, der nicht erstattet wird.

Bereits seit vielen Jahren beschäftigt mich das Thema, auf das ich in der SOS-Dorfgemeinschaft Hohenroth aufmerksam gemacht wurde. Nun konnten wir auf den letzten Metern im Bundestag endlich eine Lösung durchsetzen, gegen die sich Gesundheitsminister Jens Spahn so lange gewehrt hat.

Die Begleitung durch eine:n Mitarbeiter:in der Eingliederungshilfe wird künftig zu 100% durch die Eingliederungshilfe finanziert. Ansprechpartner sind hier im Wesentlichen die Träger der Eingliederungshilfe, von denen die Menschen mit Behinderungen im Alltag bereits Leistungen der Eingliederungshilfe gewährt bekommen. Die Begleitung durch eine Vertrauensperson aus dem persönlichen Umfeld wird künftig dadurch abgesichert, dass Begleitpersonen bei Mitaufnahme bzw. ganztägiger Begleitung Anspruch auf Krankengeld gegenüber ihrer gesetzlichen Krankenversicherung haben. Der Anspruch auf Kinderkrankengeld bleibt dadurch unberührt.

Ich bin sehr froh, denn Inklusion darf nicht aufhören, wenn ein Mensch mit Behinderung ins Krankenhaus muss.

# NEWSLETTER

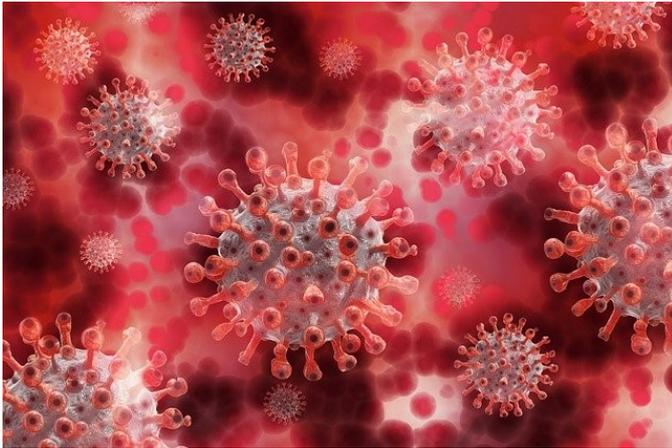
Bernd Rützel, MdB

7 | 2021



Foto: Henning Schacht

## EPIDEMISCHE LAGE



Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Trotz stetig sinkender Inzidenzen braucht es auch in den nächsten Monaten Regelungen beispielsweise zum Impfen, zum Testen und zur Einreise.

Wenn der Bundestag nun erneut die „Epidemische Lage von nationaler Tragweite“ feststellt, dann bedeutet dies aber nicht eine Ausweitung bzw. Verlängerung des Lockdowns.

Der Bundestagsbeschluss vom 11. Juni 2021 ist die vierte Verlängerung der „Epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ – was nichts anderes bedeutet als eine Art vorbeugender Notfallmodus für das politische System.

Erstmals hatte der Bundestag am 25. März 2020 die epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt, verlängert wurde die Feststellung am 18. November 2020 sowie am 4. März 2021.

Insbesondere die Entwicklung bei den Virus-Mutanten in England, Indien, Vietnam und anderen Ländern zeigt: Wir müssen sehr wachsam bleiben. Und wir brauchen bei einer Ausbreitung dieser Mutanten bei uns schnell und unbürokratisch die politischen Instrumente, die in dieser „Epidemischen Lage“ zur Verfügung stehen.

## WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



### DAS LIEFERKETTENGESETZ KOMMT

Damit endet die Verantwortung von Unternehmen künftig nicht mehr am Werkstor.

#### Warum?

- >> 152 Millionen Kinder in Kinderarbeit
- >> 25 Millionen Menschen in Zwangsarbeit

Seit 2011 fordern die Vereinten Nationen ein Ende dieser Ausbeutung. Seit 2016 gibt es in Deutschland eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen. Doch weniger als 20% kommen bisher ihrer Sorgfaltspflicht nach. Daher jetzt das Gesetz.

#### Was wird geregelt?

Bemühungspflicht = Unternehmen müssen durch diese 4 Schritte ihr Bemühen nachweisen, alles dafür getan zu haben, damit die Ausbeutung von Mensch und Natur durch ihre Produkte gestoppt wird:

- Gefahrenanalyse >>> Abhilfemaßnahmen starten und dokumentieren >>> Beschwerde-Management einführen >>> Pflicht zur Berichterstattung

#### Wird jetzt alles teurer?

Die Unternehmen kostet die Umsetzung des Gesetzes 0,1 bis 0,6 Prozent des Umsatzes. Mehr nicht!

Beispiel: Vom Preis einer Tafel Schokolade gehen derzeit zwischen vier bis fünf Cent als Lohn an die Kakaobäuerinnen und -bauern in Afrika. Würde der Lohn auf ein Existenz sicherndes Niveau angehoben, würde eine Tafel um etwa fünf Cent teurer.

#### Start:

- >> ab 01.01.2023 für Firmen mit über 3.000 Mitarb.
- >> ab 01.01.2024 für Firmen mit über 1.000 Mitarb.

#### Empfindliche Strafen:

Geldbußen bis zu 2 % des weltweiten Umsatzes und Ausschluss von öffentlichen Aufträgen



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

7 | 2021

Foto: Henning Schwacht

## MEINE REDEN IM PLENUM DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



Mit Klick auf das Foto gelangen Sie auf meine Homepage. Dort finden Sie alle meine Reden als Video. Hier ein kurzer Überblick über meine Reden im Juni:

### 11. Juni: Das Lieferkettengesetz kommt

Künftig müssen Unternehmen sehr genau hinschauen und prüfen, ob Menschenrechte in ihren Lieferketten eingehalten werden. Ist das zu viel verlangt? Ich meine, nein.

### 10. Juni: Arbeitsbedingungen in der Pandemie

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat auf der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion gesagt: „Es hat sich für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland gelohnt, dass die SPD in die Regierung eingetreten ist.“ In meiner Plenarrede bin ich auf einige der Gründe für diese Aussage eingegangen. Das hat sich nicht nur in der Pandemie gezeigt, als Olaf Scholz und Hubertus Heil nach dem Motto „Analysieren – Agieren – Reagieren“ für schnelle Hilfen gesorgt haben. Auch darüber hinaus haben wir das Leben nicht nur von Postboten, Teilzeitbeschäftigten und Arbeitskräften in der Fleischindustrie ganz konkret verbessert.

## Tagesaktuelle Infos:

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

[www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

## BESSERE LÖHNE IN DER PFLEGE & ENTLASTUNG DER PFLEGEBEDÜRFTIGEN

Die SPD-Fraktion hat zusammen mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) Druck gemacht. Nun hat der Deutsche Bundestag endlich eine Pflegereform beschlossen, die für bessere Löhne sorgt. Mehr als eine halbe Million Pflegekräfte sollen profitieren.

Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag wurde von kirchlichen Trägern leider verhindert. Also hat Hubertus Heil einen Weg gefunden, das Ziel bessere Löhne auf einem anderen Weg zu erreichen, ohne in die Tarifautonomie einzugreifen: Pflegeeinrichtungen (gem. SGB XI) sollen ab dem 1. September 2022 nur dann als solche zugelassen werden, wenn sie tarifgebunden sind.

Wenn also künftig alle Pflegeanbieter Tariflöhne zahlen müssen, um von der Pflegekasse die Leistungen erstattet zu bekommen, kommt dies mehr als einer halben Million Pflegekräften zugute. Dies gilt für alle Tarifverträge, die mit Gewerkschaften ausgehandelt sind.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Entlastung der Pflegebedürftigen im stationären Bereich, damit deren Eigenanteile durch diese gewollte Lohnsteigerung für die Pflegekräfte nicht erheblich steigen.

Nicht zu vergessen: In dieser Wahlperiode haben wir bereits für eine Entlastung der Angehörigen gesorgt, die sich erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro an den Heimkosten der Eltern beteiligen müssen, wenn deren Einkommen/Vermögen nicht reicht.

Die neuen Regelungen treten zum 01.01.2022 in Kraft.

## MEHR VERBRAUCHERSCHUTZ FÜR ALLE

Sie können zukünftig einfacher und ohne Zeitdruck ihre Verträge kündigen und zu besseren Angeboten wechseln. Die SPD-Fraktion hat dafür gesorgt, dass lästige und teure automatische Vertragsverlängerungen der Geschichte angehören.

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

7 | 2021



Foto: Henning Schacht

Künftig gilt: Handyvertrag, das Fitnessstudio oder das Zeitschriften-Abo können nach der anfänglichen Vertragslaufzeit monatlich gekündigt werden. Das spart bares Geld und belebt den Wettbewerb um bessere Angebote und besseren Service.

Sie werden künftig auch vor telefonisch abgeschlossenen Strom- und Gas-Verträgen geschützt. Und wer online einen Vertrag abschließt, kann diesen zukünftig online mit einem einfachen Klick kündigen.

Eine Verkürzung der anfänglichen Vertragslaufzeit auf maximal ein Jahr, wie von uns vorgeschlagen, haben CDU/CSU ebenso blockiert wie einen Schutz vor untergeschobenen Telefonverträgen in anderen Branchen.

Auch neu: Sie werden künftig vor falschen Bewertungen auf Online-Plattformen, Abzocke auf Ticketbörsen oder bezahlten Rankings auf Vergleichsportalen geschützt.

## EFFEKTIVE AUFKLÄRUNG VON BEDROHUNGEN

Mit der Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes sowie des Bundespolizeigesetzes erhalten Nachrichtendienste und Polizei mehr Befugnisse bei der Überwachung digitaler und verschlüsselter Kommunikation. Ziel ist es, im digitalen Zeitalter schwere Bedrohungen für unseren Rechtsstaat und für die freiheitliche Grundordnung leichter aufzuklären.

Das neue Bundespolizeigesetz sieht vor allem neue Kompetenzen und Befugnisse für die Bundespolizei bei der Verfolgung von Straftaten und bei der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) vor. Insbesondere zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland sollen die Nachrichtendienste mehr Befugnisse für die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) erhalten. Mit der Quellen-TKÜ kann auf verschlüsselte Messenger-Nachrichten zugegriffen werden. Bei der Bundespolizei ist die Quellen-TKÜ auf Menschenhandel und Schleuserkriminalität beschränkt.



Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass künftig die zuständige G10-Kommission des Bundestages die Nachrichtendienste besser kontrollieren kann. Somit entscheiden nicht die Nachrichtendienste alleine und unkontrolliert über die Notwendigkeit und Zulässigkeit sämtlicher durchgeführten Überwachungen im Bereich des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, sondern Mitglieder des Bundestages. Diese parlamentarische Kontrolle war uns sehr wichtig!

Wir als SPD dürfen nicht nur einen starken Staat fordern, wenn es um soziale Belange geht. Wir müssen auch unsere Institutionen stark machen, wenn es darum geht, unsere Demokratie zu schützen.

### INFOS AUS ERSTER HAND

zum Bundespolizei- & Verfassungsschutzgesetz und insb. zum sog. „Staatstrojaner“ gibt es am

**DI., 20.07., VON 18:00 BIS 19:00 UHR**

in einer internen webex-Konferenz mit Uli Grötsch (Mitglied im Parlamentarisches Kontrollgremium zur Kontrolle des Verfassungsschutzes) & mir. Anmeldung bitte an [bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

7 | 2021



Foto: Henning Schwacht

## Waldpolitik im Aufbruch

Bundesjagdgesetz, Honorierungssystem für Wald-Ökosystemleistungen, Problem Holzknappheit



Isabel Mackensen



Bernd Rützel

**Mo, 14.6., 18:00 Uhr**

Live-Diskussion auf facebook mit den  
SPD-Bundestagsabgeordneten  
Isabel Mackensen, wald- und jagdpolitische Sprecherin, und  
Bernd Rützel, Ausschuss für Arbeit und Soziales



Fotos: Benno Kraehahn, DBT Stella von Saldern

Wer sich diese Online-Veranstaltung oder alle anderen zuvor nachträglich noch anschauen möchte, klickt einfach auf das Sharepic und kommt so auf meine Homepage, wo alle Online-Veranstaltungen als Video abrufbar sind.

## FÖRDERUNG DER DIALEKT-FÖRDERUNG



2019 hat Ramona Schaupp vom Verein zur Förderung des unterfränkischen Dialekts mir die Idee vom „Haus des Dialekts“ im ehemaligen Gasthof „Zum schwarzen Adler“ in Büchold vorgestellt. Jetzt freue ich mich mit dem Verein über 36.750 Euro Bundesförderung für das Projekt.

## STEINMEIER SOLL WEITERMACHEN



Ich freue mich sehr, dass unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für eine zweite Amtszeit zu Verfügung steht und erklärt hat, im Februar 2022 erneut für dieses wichtige Amt zu kandidieren. Er ist und bleibt ein toller Mensch mit Haltung und Bodenhaftung. Genau so einen brauchen wir auch weiterhin in diesen Zeiten als Staatsoberhaupt.

## ANSPRECHPARTNER FÜR BETRIEBSRÄTE

Anfang Juni veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion wieder ihre Personal- und Betriebsrätekonferenz, um mit den Vertreter:innen der Arbeitnehmerschaft im engen Austausch zu bleiben - wenn auch leider nur online. 550 Teilnehmenden - auch aus meinem Wahlkreis - stand auch ich als Arbeits- und Sozialexperte meiner Fraktion Rede und Antwort.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

7 | 2021

Foto: Henning Schacht

## DISKUSSION ÜBER ARBEITSMARKT 2025



Beim Online-Kongress des vbw – Verband der Bayerischen Wirtschaft zum „Arbeitsmarkt 2025“ habe ich gemeinsam mit den anderen Kandidierenden zur Bundestagswahl aus dem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg über die Herausforderungen und Perspektiven in Unterfranken und in unserer Region diskutiert.

vielen Verbesserungen zur Pflege aus dem Deutschen Bundestag berichten und auch eine Arbeitsgruppe moderieren. Die Caritas-Sozialstation ist gut aufgestellt, wovon ich mich bereits bei vorherigen Besuchen überzeugen konnte. Besonders spannend auch für mich war, als Klaus Töpfer über die Weltbevölkerung und die sich daraus ergebenden Fragen referierte.



## SPD TRIFFT IHK



Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 führt die IHK Würzburg-Schweinfurt wirtschaftspolitische Austauschgespräche mit den Parteien. Mitte Juni waren wir als unterfränkische SPD-Kandidat:innen für den Bundestag zugeschaltet.

## FÖRDERUNG FÜR WAHRZEICHEN



Staub und Ruß haben dem Innenraum der von Balthasar Neumann gestalteten barocken Wallfahrtskirche, dem Würzburger „Käppele“, stark zugesetzt. Die Elektrik widerspricht den heutigen Brandschutzstandards, sodass die Kirche nicht ausreichend geschützt ist. Vor Ort haben wir uns informiert und Unterstützung zugesagt. Mehr dazu mit Klick auf das Foto.

## ZUKUNFTSKONGRESS IN ERLENBACH

Der Zukunftskongress der Caritas Sozialstation Erlenbach am Main war sehr gut organisiert und befasste sich mit allen Fragen um die Pflege. Ich konnte von

# DAS ZUKUNFTSPROGRAMM

Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.

# Wahlkampf-Workshops zur Bundestagswahl

Wir haben echt was vorzuweisen und müssen sprachfähig dazu sein.

Strategie - Kandidat - Programm

**Di, 13. Juli, 19:30 Uhr**

Für diesen Termin **HIER KLICKEN**  
und schon bist Du online mit  
webex dabei. Wer nur telefonisch  
dabei sein will: +49-619-6781-9736

**UNSER  
PROGRAMM  
FÜR DIE  
ZUKUNFT**

**JETZT ENTDECKEN**

**Do, 15. Juli, 19:30 Uhr**

Für die Online-Konferenz an diesem  
Termin **HIER KLICKEN**. Telefonisch  
dabei sein unter: +49-619-6781-9736

Ich freue mich auf den Austausch mit Dir!

Dein

*Bernd Stüzel*



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

6 | 2021

## Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und  
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen & Leser,

vor kurzem hat die Polizei auf einem fränkischen Rindermastbetrieb 150 verhungerte Rinder gefunden. Weitere 50 mussten später eingeschläfert werden. Es ist ein Tierschutzskandal, der betroffen macht und der sich einreihet in eine ganze Folge an furchtbaren Tierwohlverstößen, die in Bayern in den vergangenen Jahren aufgedeckt wurden. Und wieder ist es den Behörden nicht gelungen, Tierleid zu verhindern.

Dieser jüngste Vorfall ist ein sehr drastisches Beispiel, der allerdings keinesfalls repräsentativ für die Branche ist. Der Fall rückt aber erneut ganz deutlich ein strukturelles Problem ins Licht: Kontrollen finden im Freistaat viel zu selten statt. Denn die Behörden verfügen gar nicht über ausreichend Personal, um wirklich engmaschig zu kontrollieren. Hier mahnen wir seit Langem Verbesserungen an. Zu diesem Problem gesellt sich aber noch ein zweites: dass nämlich bei Verstößen nicht entschieden genug durchgegriffen wird. Offensichtlich fehlt es an politischem Willen, die Dinge von Grund auf zu ändern. Das akzeptieren wir nicht, weder jetzt noch in Zukunft. Denn nicht zuletzt erschüttern derlei Skandale das Vertrauen der Menschen in die bayerischen Landwirtinnen und Landwirte, die Großartiges für uns leisten – oft unter großen Mühen und an 365 Tagen im Jahr.

Klimakrise, Artensterben, Pandemien: Genau wie unsere Welt derzeit im Umbruch ist, so wandelt sich auch die Rolle der Landwirtschaft. Sie wird in Zukunft immer mehr auch zum Ökosystemdienstleister. Landwirtschaft und Ökologie, beides muss noch viel stärker gemeinsam

gedacht werden. Um Lebensräume zu bewahren, Boden und Klima zu schützen oder mit der zunehmenden Wasserknappheit umzugehen. Mit Sorge beobachten wir, wie der Druck gerade auf die kleinen und mittelständischen Familienbetriebe wächst. Sie werden förmlich zerrieben zwischen dem Preisverfall auf der einen und den Ökomaßnahmen auf der anderen Seite. Ja, die Verbraucher verlangen verstärkt Bio. Und natürlich ist es mehr als begrüßenswert, wenn nun der Ausstieg aus der Anbindehaltung angekündigt wird. Wir alle wollen, dass Schweine auf Stroh liegen und Hennen in offenen Ställen gackern können. Aber um diese Dinge umsetzen zu können, brauchen Landwirte ausreichende, verlässliche



und langfristige Unterstützung. Mehr Öko und mehr Tierwohl, das muss sich spürbar lohnen – nur dann kann die Wende Erfolg haben. Und diese Forderung stellen wir immer wieder aufs Neue.

Regionalität ist ein weiteres Thema, das unserer Meinung nach die Staatsregierung viel beherzter angehen müsste. Denn eine faire, soziale und ökologische Landwirtschaft braucht regionale Strukturen, dezentrale Schlachthöfe, Molkereien und regionale Vermarktungsmöglichkeiten. Dafür und für eine familiengeprägte, moderne Landwirtschaft in Bayern setze ich mich gemeinsam mit meinen Kolleg:innen im Landtag ein.

Herzlichst,

Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlner.de

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

6 | 2021

## Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land  
Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt,  
Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie  
die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge,  
Kitzingen und Rhön-Grabfeld

## ZUM TAG DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG: STARKE INNENORTE FÜR EINE LEBENS- WERTE ZUKUNFT IN MAINFRANKEN

Liebe Leserinnen & Leser,

seit 50 Jahren unterstützen Bund und Freistaat Bayern die Entwicklung der bayerischen Kommunen mithilfe von verschiedenen Förderprogrammen bei der städtebaulichen Entwicklung. Zugleich feiert die Dorferneuerung in Bayern als Gemeindeentwicklungsprogramm für kleinere Gemeinde 2021 40-jähriges Jubiläum. Das Doppeljubiläum der 1971 von der SPD initiierten Städtebauförderung und der Dorferneuerung ist für mich Anlass, über die Bilanz der Förderung, aber auch über die aktuellen Herausforderungen in einer Online-Veranstaltung zu diskutieren. Vor allem die Themen Innenentwicklung statt Flächenverbrauch, demographischer Wandel, Anpassung an den Klimawandel und Gestaltung der Verkehrswende treiben viele Kommunen um.

Gerade in Mainfranken sind diese Aufgaben in den vergangenen Jahren immer drängender geworden. Viele Städte, Märkte und Gemeinden hätten ohne Städtebauförderung und Dorferneuerung die strukturellen Veränderungen nicht so gut bewältigt. Beide Instrumente sind nicht wegzudenken, müssen aber auch an die aktuelle Situation angepasst werden.

Während Städte mit knappem Wohnraum und hohen Bodenpreisen kämpfen, stehen auf dem Land Häuser leer und Ortskerne entvölkern. Wir brauchen deshalb

mehr Innenentwicklung statt Flächenverbrauch am Ortsrand. Wer Leerstand nutzt, kann neue Flächenversiegelungen verhindern. Aber nach wie vor werden zu viele neue Bauflächen ausgewiesen. Flächenschonend zu planen kann nur Erfolg haben, wenn nicht der Nachbarort neue Bauplätze ausweist. Attraktive Innenortgestaltung mit Hilfe der staatlichen Förderung kann das Flächen-Sparen zusätzlich unterstützen, durch hohe Wohn- und Aufenthaltsqualität rundum schön gestalteter Dorfplätze oder wieder instandgesetzte, ortsbildprägende Gebäude.



2020 war ich zu Gast in Thüngersheim (Lkr. Würzburg), einem Ort, der von der Städtebauförderung profitieren konnte.

Sorgen machen mir aktuell jedoch nicht fehlende Fördermittel von Bund und Land, vielmehr lassen die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise mittlerweile viele Kommunen bei größeren Investitionen auf die Bremse treten. Wir sollten den Gemeinden Mut machen, gerade jetzt in die Zukunft zu investieren.

Für die Zukunft ist auch eine generell bessere Finanzausstattung der Kommunen notwendig sowie ein Verknüpfen der Förderung an klare Vorgaben, um das wichtige Ziel „Innen- vor Außenentwicklung“ zu stärken.

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

**Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL**  
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de